

30

83

Union in Deutschland

Bonn, den 29. September 1983

Nach Hessen und Bremen

Lehren ziehen – Kurs halten

Wir haben uns in Bremen behauptet und in Hessen eine Niederlage erlitten, denn wir haben das Wahlziel — die Ablösung der sozialdemokratischen Landesregierung — nicht erreicht, stellte Helmut Kohl am Montag (26. September) fest. Präsidium und Bundesvorstand der Partei sind übereinstimmend der Meinung, daß wir diese Lektion nicht wegstecken und wegwischen dürfen, daß aber der als richtig erkannte Weg, wie er in der Regierungserklärung festgelegt worden ist, unterschieden und offensiv fortgesetzt werden muß.

Im einzelnen sagte Helmut Kohl vor der Bundespresskonferenz: Wir haben eingehend im Präsidium und im Bundesvorstand der Partei die Wahlen in Hessen und Bremen analysiert. Ich will noch einmal die Gelegenheit wahrnehmen, allen unseren Freunden in den Parteioorganisationen, unseren Mitgliedern, unseren Wahlkämpfern für ihren hervorragenden Einsatz zu danken. Das gilt insbesondere für die beiden Spitzenkandidaten Bernd Neumann in Bremen und Walter Wallmann in Hessen.

Das Ergebnis in Bremen hat, und das ist die einmütige Auffassung des Bundesvorstandes, unseren breitmischen Freunden, wenn man die Wahlergebnisse

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ WAHLEN

Ergebnisse der Wahlen zum Hessischen Landtag und zur Bremischen Bürgerschaft am 25. September 1983 grüner Teil

CDU Hessen:

Auch nach bitteren Erfahrungen den Blick weiter nach vorn richten. Seite 5

CDU Bremen:

Nicht zufrieden, aber auch nicht entmutigt Seite 6

■ STEUERN

Kleine und mittlere Betriebe werden am stärksten entlastet Seite 7

■ INFORMATION

SPD: Weitere Landesverbände gegen NATO-Doppelbeschluß Seite 9

■ BRIEF

Heiner Geißler an Ex-Kanzler Schmidt: Das Nein der SPD zur NATO gefährdet uns alle Seite 11

■ ABRÜSTUNG

Neue Vorschläge Reagans zeigen äußerste Kompromißbereitschaft Seite 13

■ SCHULEN

Friedensaktionen dürfen geltendes Recht nicht mißbachten Seite 14

(Fortsetzung von Seite 1)

seit zwei Jahrzehnten analysiert, deutlich gemacht, daß unter den besonderen Gegebenheiten dieser Hansestadt und selbst bei einem sehr intensiven Wahlkampf für das Stimmergebnis der CDU offensichtlich eine Art Obergrenze zwischen 33 und 35 Prozent liegt. Das ist eine Erkenntnis, die wir einfach akzeptieren müssen und das ändert nichts daran, daß wir versuchen werden, unsere Chancen immer wieder zu verbessern.

Das zweite, was ebenfalls für Bremen symptomatisch gesagt werden kann, ist, daß es für die Sozialdemokraten dort einfach eine Chance gibt, um die 50 Prozent der Wähler und damit die absolute Mehrheit gewinnen zu können.

Bemerkenswert finden wir am Ergebnis der Grünen in Bremen, daß sich für diese Gruppierung — obwohl mit verschiedenen Listen antretend — die Chance ergeben hat, mit einer Liste ins Parlament einzuziehen.

Das Ergebnis der FDP in Bremen ist weit über die Hansestadt hinaus von großer Bedeutung. Der bremische Landesverband der FDP hat sich in seiner Wahlaussage in einen klaren Gegensatz zur Bundespartei gesetzt und auch zur Aussage seines Schwerverbandes in Hessen. Er hat mit einer Aussage zugunsten der Sozialdemokraten in Bremen Schiffbruch erlitten.

Bevor ich ein Wort zu den Zahlen in Hessen sage, will ich vorausschicken, wie sehr wir alle, und ich ganz besonders, empfinden, daß diese Niederlage für unsere Freunde dort besonders bitter ist. Sie haben in zwölf Monaten drei Wahlen durchstehen müssen, und wer etwas von Landtagswahlkämpfen versteht, von Wahlkämpfen überhaupt, der weiß, was es bedeutet, alle drei, vier Monate eine Land-

tagswahl bzw. eine Bundestagswahl schlagen zu müssen. Und das ist sicher gerade in der jetzigen Situation nach dem Verlust an Mandaten von besonderem Gewicht.

Wir haben in Hessen eine klare Wahlaussage unseres Freundes Walter Wallmann zugunsten einer Koalition der Mitte von CDU und FDP. Das war insofern natürlich auch eine Wahlaussage zugunsten der FDP. Es ist unübersehbar, daß die Freien Demokraten von dieser Aussage erheblichen Nutzen gezogen haben, und es ist ebenso unübersehbar, daß die CDU des Landesverbandes Hessen bei dieser Wahl Opfer gebracht hat.

Dennoch lege ich Wert auf die Feststellung, daß Walter Wallmann diese Entscheidung vor der Wahl nicht für sich allein getroffen hat, sondern dies im vollen Einverständnis und in völliger Übereinkunft mit mir geschehen ist. Und ich lege auch Wert auf die Feststellung, daß dies nach der Wahl, nachdem die Wahl verlorengegangen ist, ebenso deutlich gesagt wird.

Diese Entscheidung war ein Risiko, wir haben sie nach Abwägung aller Komponenten gemeinsam getroffen. Es war ein Risiko, weil wir davon ausgegangen sind, und wir hatten Grund zu dieser Annahme, daß die CDU für sich allein nicht in der Lage sein wird, in Hessen, das ja traditionell kein CDU-Land ist, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Die Rechnung ist nicht aufgegangen.

Ich lege aber auch Wert auf die Feststellung, daß heute in der Sitzung sowohl im Präsidium als auch im Bundesvorstand alle Teilnehmer diese Entscheidung auch im nachhinein noch einmal als richtig befunden haben. Es gab keine kontroverse Diskussion im Bundesvorstand zu dieser Frage. Wir sind das Risiko eingegangen, nicht zuletzt auch im Blick auf die Koalition im Bund.

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

Land	letzte Wahl	(in Prozent)					nächste Wahl
		CDU	SPD	Grüne	FDP	DKP	
Berlin							
Baden-Württemberg	10. 5. 1981	48,0	38,3	7,2	5,6	0,6 ¹⁾	1985
Bayern	16. 3. 1980	53,4	32,5	5,3	8,3	0,3	1984
Bremen	10. 10. 1982	58,3 ²⁾	31,9	4,6	3,5	0,2	1986
Hamburg	25. 9. 1983	33,31	51,35	5,43 ⁴⁾	4,59	—	1987
Hessen	19. 12. 1982	38,6	51,3	6,8	2,6	0,4	1986
Niedersachsen	25. 9. 1983	39,4	46,2	5,9	7,6	0,3	1987
Nordrhein-Westfalen	21. 3. 1982	50,7	36,5	6,5	5,9	0,3	1986
Rheinland-Westfalen	11. 5. 1980	43,2	48,4	3,0	4,98	0,3	1985
Saarland	6. 3. 1983	51,9	39,6	4,5	3,5	0,2	1987
Schleswig-Holstein	27. 4. 1980	44,0	45,4	2,9	6,9	0,5	1985
Bundestag	13. 3. 1983	49,0	43,7	3,6	2,2	0,1	1987
	6. 3. 1983	48,8 ³⁾	38,2	5,6	7,0	0,2	1987

¹⁾ SEW
²⁾ CSU

³⁾ CDU/CSU

⁴⁾ BGL (Grüne): 2,36 %
Die Grünen: 5,43 %

Wir haben uns bei dieser Entscheidung daran erinnert, daß es ja nicht zuletzt die hessische FDP war, die vor einem Jahr mit der Ausgangspunkt für die Bildung der neuen Koalition war und sie ermöglicht hat. Das alles hat unsere Entscheidung mit beeinflusst.

Wenn ich die Ergebnisse betrachte, kann ich feststellen: Wir haben uns in Bremen behauptet, und wir haben in Hessen eine Niederlage erlitten, denn wir haben das Wahlziel — die Ablösung der sozialdemokratischen Landesregierung — nicht erreicht.

Wir haben in einer ersten Analyse über die Gründe gesprochen. Tatsache scheint zu sein, daß nach unserer Schätzung auch etwa 100 000 Wähler der Union zu Hause geblieben sind. Die Gründe für dieses Verhalten liegen ganz eindeutig nicht in der Landespolitik, sondern in den notwendigen bundespolitischen Entscheidungen der letzten Monate.

Um die Sparmaßnahmen, die wir zur überfälligen Sanierung des Bundeshaushaltes

auf den Weg bringen mußten, etwa seit Mai, gegenüber dem breiten Publikum begründen zu können, hatten wir sehr wenig, zu wenig Zeit — ein Zeitraum von nur fünf Monaten. Dies hat sicherlich mit zu diesem Ergebnis beigetragen.

Die Konsequenz, die wir daraus zu ziehen haben, ist, daß das, was jetzt notwendig ist, um wirtschaftlichen Aufschwung zu begründen — und die Voraussetzung dafür ist eine Sanierung der öffentlichen Finanzen — noch sehr viel breiter von uns und sehr viel offensiver vorgetragen werden muß.

Die Erfahrungen aus drei Jahrzehnten Bundesrepublik zeigen, daß nach Bundestagswahlen die jeweilige Regierungspartei in Bonn immer ihre Probleme bei den darauffolgenden Landtagswahlen hatte. Dies hat sich jetzt bestätigt. Daß angesichts der drastisch notwendigen Sparmaßnahmen dieses Argument besonders gewichtig ist, versteht sich für mich von selbst.

Wir waren uns alle darin einig, daß der als

richtig erkannte Kurs, den wir in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hatten, entschiedener in der Zukunft weitergefahren werden muß. Unsere Gremien, die Parteigremien ebenso wie die Bundesregierung als der Träger der Verantwortung und der Entscheidung, werden sich in den nächsten Wochen vor wichtige Fragen gestellt sehen; Fragen, die jetzt entschieden werden müssen.

Ich will nur die Stichworte nennen: Kohle, Stahl und Werften. Wir haben eine Diskussion begonnen, die wir in den nächsten Wochen, jedenfalls bis zum frühen Frühjahr, zu Ende bringen wollen, das schließt natürlich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein.

Wir wollen Anfang des nächsten Jahres — ob Februar oder März ist noch offen — auf einem Fachkongreß die Zukunft der jungen Generation im Blick auf die Ausbildungsplätze 1984/85 und das drängende Problem der Zunahme der Akademikerarbeitslosigkeit, d. h. der riesigen Studentenzahlen, in aller Öffentlichkeit beraten.

Bei den Ausbildungsplätzen sehe ich große Probleme für 1984 und 1985 voraus, die wir lösen müssen, weil nicht zu erwarten ist, daß es uns noch einmal gelingt, wie in der jetzigen Sonderaktion, weit über 40 000 zusätzliche Stellen — das ist die Zahl, die sich jetzt abzeichnet — zur Verfügung stellen zu können. Man kann nicht erwarten, daß z. B. das Handwerk, das jetzt eine Steigerung von 11 Prozent mehr an Ausbildungsplätzen im Vergleich zum letzten Jahr aufzuweisen hat, im nächsten Jahr zu einer gleichen Anstrengung, jedenfalls in der Größenordnung, fähig sein wird. Das gilt auch für die anderen Bereiche.

Wir haben sowohl auf der Ebene des Kabinetts wie auch heute in der Partei entsprechende Überlegungen angestellt, mit dem Ziel, gemeinsam mit den zuständigen Stellen

— das sind die Industrie- und Handwerkskammern, die Gewerkschaften, die Handwerkskammern, die freien Berufe — das Thema in Angriff zu nehmen.

Der Bundesvorstand war, und das will sozusagen der rote Faden, der sich durch die ganze Diskussion zog, übereinstimmend der Meinung, daß wir die Lektion des gestrigen Tages nicht wegstecken und wegweisen dürfen, daß aber der als richtig erkannte Weg ebenso entschieden fortgesetzt werden muß.

Heiner Geißler stellte im Deutschland Unions-Dienst ergänzend fest: Die SPD hat in Hessen einen aggressiven Wahlkampf geführt. Es ist ihr wie der SPD in Bremen gelungen, die Wähler darüber hinwegzutäuschen, daß sie selbst durch eine jahrelange falsche Wirtschafts- und Sozialpolitik für die gegenwärtige Krise verantwortlich ist. Ihre Schlagworte von der sozialen Demokratie, einer Umverteilung von unten nach oben haben ein Angstpotential gegen die Politik der Vernunft und der wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung der Bonner Koalition der Mitte mobilisiert.

Für das Land Hessen bringt dieses Wahlergebnis eine schwierige Situation. Die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit scheint ausgeschlossen. Die SPD steht jetzt vor der Entscheidung, ob sie im Interesse Hessens mit den demokratischen Parteien CDU und FDP zusammenarbeiten will oder ob sie ein Bündnis eingehen will mit den Kräften, die aus der repräsentativen Demokratie aussteigen wollen.

Für die CDU beinhaltet der Wahlausgang eine Lehre: Die SPD täuscht skrupellos über ihre Verantwortung der wirtschaftlichen und sozialen Notsituation hinweg. Wir müssen deshalb in Zukunft noch deutlicher erklären, daß nur die Politik der wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung den Aufschwung herbeiführen kann.

■ CDU HESSEN

Auch nach bitteren Erfahrungen den Blick weiter nach vorn richten

In Fernwald bei Gießen haben in dieser Woche die neu gewählte CDU-Landtagsfraktion, der Landesvorstand der Partei sowie der Landesvorstand der Partei sowie der Landesvorstand der Partei — das höchste Gremium der hessischen Union zwischen den Landtagen — das Ergebnis der Landtagswahl vom 25. September 1983 beraten.

Landesvorsitzender Walter Wallmann bezeichnete dabei den Stimmenrückgang seiner Partei als „eine bittere Erfahrung“, die eine erste Meinungsäußerung der Wähler nach der Bundestagswahl auf dem schwierigen Weg der Konsolidierung von Wirtschaft und Finanzen durch Union und FDP in Bonn darstelle, aber die hessische CDU sei nicht gesonnen, deshalb in eine „Kultivierung ihrer eigenen Betrübnis zu verfallen“, denn es gebe keine Alternative zum richtigen Kurs der Bonner Regierung. Er entspreche in vollem Umfang auch weiterhin der Auffassung der CDU Hessen.

Die Landtagswahl habe leider zum Nachteil der CDU zu einem Zeitpunkt stattgefunden, wo persönliche Opfer der Konsolidierung für manche Wähler spürbar, der Aufschwung aber erst für die Experten und noch nicht für alle Bürger meßbar geworden seien. Für die Union gelte es deshalb, „die Schlappe in anständiger Haltung zu verkraften und die richtige Politik mit langem Atem mit Blick auf die Zukunft weiterzuführen“, dann werde sich der Erfolg auch in späteren Wahlen sicher wieder einstellen. Die hessische CDU habe es in langen Jahren gelernt, „unter der Ungunst der Verhältnisse Wellentäler in Soli-

darität miteinander zu durchschreiten und stets den Blick nach vorn zu richten“.

Nach Auffassung der CDU kommt es jetzt darauf an, „die Zitterpartie in Hessen endlich abzuschließen“. CDU und FDP mit 47 Prozent der Wähler auf der einen, die Sozialdemokraten mit 46,2 Prozent auf der anderen Seite seien aufgerufen, die Unentschiedenheit der hessischen Situation zu beenden, denn trotz ihrer Stimmengewinne habe schließlich auch die SPD ihr Wahlziel der Alleinregierung nicht erreicht. Es sei für die SPD unerlässlich, ein deutliches Wort zu den im Wahlkampf verheißenen „klaren Verhältnissen“ zu sagen.

Eine deutliche Absage erteilte Wallmann „jeglichen Duldungserwartungen“ gegenüber einer Minderheits- oder geschäftsführende Regierung Börner. Dieser „Hängezustand“ habe zum Schaden des Landes nun lange genug gedauert, er sei auch an den zeitlichen Grenzen der Verfassung angelangt.

Wallmann erklärte, die CDU werde das Bündnis der Mitte von CDU und FDP unverändert in der Arbeit des neuen Landtages fortsetzen. Eine sogenannte „große Koalition“ von CDU und SPD schloß Wallmann aus, da dies dem Wählerauftrag an CDU und FDP nicht entspreche. Mit wechselnden Mehrheiten im Landtag könne die SPD ebensowenig rechnen. In der beginnenden praktischen Arbeit des Landtages sollte deshalb auf alle vordergründige Taktik verzichtet werden, wie sie im Zusammenhang mit den Haushaltsgesetzen 1983 stattgefunden habe. Die Rollenverteilung im Landtag müsse schnell geklärt werden, um nicht den Eindruck von weiterem parteitaktischem Gezänk zu erwecken.

CDU Bremen: Nicht zufrieden, aber auch nicht entmutigt

Bei der Bremer Bürgerschaftswahl am letzten Sonntag hat die FDP 25000 Stimmen verloren und zieht damit weder in das Landesparlament noch in die Kommunalparlamente ein. Dieser Vorgang hat bundespolitische Bedeutung, weil die Bremer FDP eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD gemacht hatte. Sie ist gescheitert, weil sie sich dem Kohl/Genscher-Kurs widersetzt hat, stellt MdB Reinhard Metz, stellv. Landesvorsitzender der Bremer CDU, fest.

Die SPD hat 10000 Stimmen hinzugewonnen. Ihr gelang in den letzten drei Tagen vor der Wahl eine ungeheure Mobilisierung. Die Werftarbeiter setzten Bürgermeister Koschnick seit Tagen zu. Sie zogen vor das Rathaus und piffen ihn aus. Koschnick wehrte sich mit dem Rücken zur Wand. Das alles spielte sich im Lokalfernsehen ab. Die Lokalzeitungen unterstrichen den Eindruck, der Bürgermeister befinde sich in den schwersten Tagen seines Lebens. Das haben viele Bremer nicht ausgehalten. Die Werftarbeiter, die die SPD boykottieren wollten, haben dem Bürgermeister die an sich zögernden Wähler in die Arme getrieben. Ins 60 km entfernte Bremerhaven schwappte diese emotionale Welle nicht so hoch. Hier verlor die SPD leicht.

Das bürgerliche Lager hatte Mobilisierungsschwierigkeiten. Das lag nicht nur an allgemeinpolitischen Entscheidungen, sondern auch an der Koalitionsaussage der FDP, die ja nicht gerade motivierend wirkte. Die CDU hat sehr viele FDP-Stimmen gewonnen, aber nicht alle eigenen Wähler an die Urne gebracht. Die Bremer CDU hat einen engagierten Wahlkampf geführt. Sie hat große Unterstützung aus

dem Bundesgebiet, vor allem durch Bundeskanzler Helmut Kohl erfahren. Sie hat den Bundeskanzler zusammen mit dem Bremer Spitzenkandidaten Bernd Neumann zentral plakatiert. Sie hat 7000 Stimmen und vier Sitze in der Bürgerschaft hinzugewonnen. Sie ist nicht zufrieden, aber auch nicht entmutigt.

Die politischen Verantwortlichkeiten in Bremen sind klar. Die SPD hatte die absolute Mehrheit und hat sie erneut. Man wird sehen, ob sie in Zukunft besser mit den Problemen des kleinen Bundeslandes fertig wird als in der Vergangenheit. Die erste Probe auf das Durchsetzungsvermögen des Bürgermeisters könnte bereits die Senatsbildung sein. Seine Partei, die im Wahlkampf praktisch hinter dem Rücken des Bürgermeisters verschwunden war, macht sich bei der Verteilung der Posten wieder bemerkbar. Wir werden schon in den nächsten Tagen wissen, was die Bremer SPD mehr beschäftigt: Sachprobleme oder Personalprobleme.

Gewerkschaftsführer sollten sich nicht mißbrauchen lassen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion warnt die Gewerkschaftsführer davor, sich von der SPD parteipolitisch mißbrauchen zu lassen. Gewerkschaftsführer sind — welcher Partei auch immer sie angehören — in erster Linie Vertreter der Arbeitnehmerschaft. In dieser Position sind sie ausschließlich den Interessen der Arbeitnehmer verpflichtet — nicht denen der Gewerkschaftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble.

Wer den großen sozialen Konflikt heute — wie in der Sitzung des Gewerkschaftsrates behauptet — zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sieht, wird ein Opfer ideologischer Enge; der wirkliche Konflikt liegt heute zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzsuchenden.

■ STEUERPAKET

Kleinere und mittlere Betriebe werden am stärksten entlastet

Zu der Oppositionskritik am Steuerpaket der Bundesregierung stellt Hansjörg Häfele, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, folgendes fest: Angesichts eines Schuldenstandes von bald 800 Milliarden Mark bei Bund, Ländern und Gemeinden, Bahn und Post hat in der Finanzpolitik die Sanierung der Haushalte unbedingten Vorrang. Steuerliche Maßnahmen können diese Hauptaufgabe nur begleiten. Sie können jedoch die eingetretenen Fehlentwicklungen nicht von heute auf morgen zum Besseren wenden.

Mit den Steuerentlastungsgesetzen 1983 und 1984 verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die ertragsunabhängigen Bestandteile der Unternehmensbesteuerung zurückzuführen und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen zu stützen. Auf diese Weise sollen die Wirtschaft wieder auf einen mittelfristigen Wachstumspfad geführt und die Beschäftigung verbessert werden.

Es wäre falsch, die steuerpolitische Auseinandersetzung vor allem unter kurzatmigen und vordergründigen Verteilungsgesichtspunkten zu führen. Es geht darum, die Substanz unserer Unternehmen zu entlasten und die sich verstärkende Eigenkapitalschwäche mittelfristig zu beheben.

Erst am Ende eines Zeitraums, in dem die Sanierung mit Zähigkeit durchgehalten wird und die steuerlichen Maßnahmen zu greifen beginnen, können auch unter Verteilungsgesichtspunkten günstige Ergebnisse stehen: Es wird dann möglich sein, das soziale Netz in seinem Kern zu erhalten und die Beschäftigung zu verbessern. Dies ist in der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, die beste Verteilungspolitik.

Trotz dieser grundsätzlich anderen Zielrichtung stimmt nicht einmal die rein auf den Tag bezogen verteilungspolitisch angelegte Kritik der Opposition am Steuerpaket der Bundesregierung. Es ist eben nicht so — wie vor allem der nordrhein-westfälische Finanzminister Posser immer wieder behauptet —, daß die im Regierungspaket vorgesehene Senkung der Vermögensteuer fast ausschließlich Großbetrieben zugute käme: auf 0,7 Prozent der nichtnatürlichen Personen entfielen 60 Prozent der Steuersenkung.

Diese Zahlen sind zwar rechnerisch richtig aus der Vermögensteuerstatistik 1977 abgeleitet, geben jedoch wegen ihrer einseitigen Auswahl ein verzerrtes Bild, das so nicht stehenbleiben sollte:

Unternehmen mit einem Betriebsvermögen von über 50 Millionen Mark zahlen rund 75 Prozent der auf nichtnatürliche Personen entfallenden Vermögensteuer. Ein Entlastungsvolumen von 60 Prozent

(1984 rund 70 Prozent) entspricht nicht einmal ganz diesem Verhältnis.

Mittelständische Unternehmen werden durch den geplanten Freibetrag von 125 000 Mark entlastet. Von den insgesamt 300 000 natürlichen Personen mit Betriebsvermögen werden 60 000 und von den 140 000 Körperschaften rund 80 000 künftig völlig von der Vermögensteuer freigestellt.

Bei den verbleibenden Unternehmen wird die Entlastung der kleineren Betriebsvermögen durch den Freibetrag über die allgemeine Entlastung von 25 Prozent hinaus beträchtlich erhöht. Zum Beispiel beträgt die Steuerentlastung bei einem Unternehmen mit einem Betriebsvermögen von 250 000 Mark 50 Prozent. Bei einem Unternehmen mit 100 Millionen Mark Betriebsvermögen beträgt sie nur 0,13 Prozent.

Auch die Entlastung durch Freibetrag und allgemeine Ermäßigung um 25 Prozent zusammengenommen wirkt sich für kleine Betriebe viel durchschlagender aus als für große: Die Entlastungswirkung beträgt für einen Betrieb mit 250 000 Mark Betriebsvermögen 62,5 Prozent, für einen Betrieb mit zehn Millionen Mark Betriebsvermögen 25,9 Prozent und für einen Betrieb mit 100 Millionen Mark Betriebsvermögen 25,1 Prozent.

Berücksichtigt man ferner, daß die kleineren und mittleren Unternehmen mit Einheitswerten bis 120 000 Mark zehnpromtente Sonderabschreibungen mit einem Gesamtvolumen von rund einer Milliarde Mark erhalten sollen, so wird diese Wirkung noch deutlicher: Die Entlastung der Betriebe mit einem Betriebsvermögen bis zu zehn Millionen Mark macht rund 42 Prozent der vorgesehenen Gesamtentlastung der gewerblichen Wirtschaft von insgesamt rund 3,5 Milliarden Mark aus.

Kein Anlaß für Zinss pessimismus

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg sieht für die investierenden Unternehmen in der Bundesrepublik keinen Anlaß zum Zinss pessimismus. Vor seinem Abflug zur diesjährigen Weltwährungskonferenz in Washington gab der Minister in einem Interview mit der „Kölnischen Rundschau“ (23. 9.) seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Inflationserwartungen in den USA weiter eingedämmt werden. Das könne zu einer Entspannung der internationalen Geld- und Kapitalmärkte beitragen.

Frage: Solange internationale Finanzanlagen einträglicher sind als Investitionen in deutschen Unternehmen, bleiben die Impulse gedämpft, die hierzulande von staatlichen Sparprogrammen und Steuererleichterungen ausgehen können. Besteht eine Chance, die Strategie der Bundesregierung international abzustützen?

Gerhard Stoltenberg: Für die deutsche Wirtschaftspolitik wäre es zweifellos eine Erleichterung, wenn die US-Zinsen zurückgingen und auf diese Weise die erkennbaren binnenwirtschaftlichen Aufschwungkräfte auch von außen gestärkt würden. Deswegen haben wir — und werden es auch weiterhin tun — mit den USA über die dafür notwendigen Schritte gesprochen, leider bisher noch mit begrenztem Erfolg.

Auf der anderen Seite muß man aber klar sehen, daß die wichtigsten Aufgaben bei uns selbst liegen. Wir müssen vor allem für einen glaubwürdigen und überzeugenden wirtschaftspolitischen Kurs sorgen, der die Attraktivität des Investitionsstandorts Bundesrepublik mittel- und langfristig erhöht.

Die Sanierung der öffentlichen Finanzen wird die Kapitalmärkte entlasten und so den privaten Investitionen wieder mehr Spielraum verschaffen.

INFORMATION

SPD: Weitere Landesverbände gegen NATO-Doppelbeschluß

Zur Entscheidung der SPD-Landesverbände von Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin gegen den NATO-Doppelbeschluß erklärt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, Hans Stercken: Die Entscheidung von drei weiteren SPD-Landesverbänden, den NATO-Doppelbeschluß von 1979 kategorisch und bedenkenlos aufzukündigen, kommt für den Beobachter nicht überraschend; sie bleibt nichtsdestoweniger ein bestürzender Vorgang. Sie überrascht deswegen nicht, weil der nun auf vollen Touren laufende Prozeß der Loslösung von der Sicherheitspolitik des Bündnisses in der SPD schon seit mehr als einem Jahr im Gange ist. Der Unterschied liegt nur darin: Wo sich führende SPD-Politiker früher durch das Hintertürchen aus dem gemeinsamen Haus der Sicherheitspolitik verabschiedeten, so z. B. durch die Forderung nach Anrechnung der nicht vergleichbaren britischen und französischen Systeme, so gleicht nun dieser offene Auszug einem in Panik vollzogenen Sprung aus dem Fenster, weil jemand anderes „Feuer“ ruft, obwohl es nirgends brennt.

Bischöfe: Keine politischen Demonstrationen in der Kirche

Die Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe in Fulda hat die Katholiken in der Bundesrepublik davor gewarnt, Gottesdienst und Kirchen zu Demonstrationen politischer Willensbildung zu mißbrauchen. Die Bischöfe erklärten, die Einheit der Christen dürfe nicht gefährdet und zerstört werden. Wer Gottesdienst

und Gotteshaus zu einer Demonstration politischer Willensbildung mißbrauchte, schädige sie und diene nicht dem Frieden.

Einseitige Vorleistungen machen Frieden nicht sicherer

Der Appell des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an die Großmächte, das Äußerste für den Frieden zu tun und dabei auch unkonventionelle Wege einzuschlagen, ist zu begrüßen. Wer wünschte sich nicht jene Kompromißbereitschaft der beiden Blöcke, die in Genf am Ende zu einer Vereinbarung über die drastische Verminderung der nuklearen Mittelstreckenpotentiale führte? Dort jedoch, wo die EKD die Meinung vertritt, man müsse von der einen wie von der anderen Seite auch dann einmal Vorleistungen verlangen können, wenn ihnen auf Anhieb keine Gegenleistungen folgen, begibt sie sich auf ein gefährliches Terrain; denn solche Vorleistungen sind von der UdSSR nicht zu erwarten; sie müßten also schon vom Westen erbracht werden. Ob damit allerdings der gewünschte Effekt der allseitigen Abrüstung und Friedenssicherung erreicht würde, darf man nach Lage der Dinge wohl bezweifeln, stellt MdB Willi Weiskirch fest.

Weniger Insolvenzen

Wenn zum ersten Mal seit 1980 im Juli weniger Insolvenzen zu verzeichnen waren als im entsprechenden Vorjahresmonat, so ist das ein deutliches Zeichen, daß sich der Patient Wirtschaft langsam wieder zu erholen beginnt.

Die Zahl der Insolvenzen ist eher ein Spätindikator der wirtschaftlichen Entwicklung, der mit oft längerer Verzögerung Auskunft über die früher gute oder schlechte Situation in den Unternehmen gibt. Die abnehmende Zahl der Konkurse und Vergleiche beweist, daß insbesondere das im zweiten

Quartal 1983 erfreuliche Wachstum zu einer Reduzierung der Verluste und zu einer langsamen Verbesserung der Erträge geführt hat.

Diese Entwicklung wird sich schließlich auch auf dem Arbeitsmarkt positiv auswirken, wenn eine der Quellen der Arbeitslosigkeit, nämlich die insolvenzbedingte Freisetzung von Arbeitskräften, langsam versiegt. Hauptbetroffene bei der Schließung von Betrieben sind die älteren Arbeitnehmer; die zurückgehende Insolvenzquote vermindert die Sorgen dieser besonders schwer in ein neues Arbeitsverhältnis vermittelbaren Arbeitskräfte um ihren Arbeitsplatz.

NRW-Regierung kürzt massiv bei den Gemeinden

Zum Vorwurf der SPD-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, der Bund trage die Schuld für die Finanzkrise der Städte und Gemeinden, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gerhard Braun: Der Vorwurf der SPD-Landesregierung kann nur als Verdrehung der Tatsachen bezeichnet werden. Kein Bundesland hat in den letzten Jahren derart massiv die Zuweisungen an seine Gemeinden gekürzt wie das Land Nordrhein-Westfalen: 1,15 Milliarden DM von 1981 bis 1983.

Die neue Bundesregierung von CDU/CSU und FDP hat in mehreren Schritten die Beteiligung der Länder an der Umsatzsteuer erhöht. So hat der Bund gegenüber den Ländern auf die sogenannte Kindergeldmilliarde verzichtet. Der Anteil der Länder am Umsatzsteueraufkommen wird von 1982 bis 1984 stufenweise von 32,5% auf 34,5% erhöht. Außerdem erhalten die Länder ab 1. Juli 1983 durch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zusätzliche Steuereinnahmen, die allein 1984 über eine Milliarde DM ausmachen werden.

Ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen

Zu den Entscheidungen der DDR-Regierung zum Zwangsumtausch und zur Familienzusammenführung erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle: Die CDU/CSU begrüßt jede — auch die kleinste — Verbesserung im innerdeutschen Reiseverkehr. Der Fortfall des Zwangsumtausches für Kinder unter 15 Jahren ist in diesem Sinne ein begrüßenswerter Schritt. Wenn dieser Schritt als der erste auf einem weiterführenden Weg gedacht ist, dann — und nur dann — handelt es sich um mehr als um die bloße Teilkorrektur einer nicht hinnehmbaren Abgrenzungsmaßnahme, die nun seit drei Jahren die gegenseitigen Beziehungen schwer belastet.

Die CDU/CSU drängt nach wie vor darauf, daß insgesamt Voraussetzungen geschaffen werden, die einen Reiseverkehr ermöglichen, wie er vor der Erhöhung des Zwangsumtausches bestanden hat. Deshalb appellieren wir an die Führung der DDR, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben, sondern diesem ersten Schritt weitere folgen zu lassen. Deutliche Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr würden sich ebenso deutlich positiv auf die Gesamtbeziehungen auswirken.

Die jetzt ebenfalls bekanntgegebene DDR-Verordnung zu Fragen der Familienzusammenführung kann nicht befriedigen. Im Ergebnis bedeutet sie nicht mehr als eine Formalisierung der bisherigen Praxis: Es handelt sich um reine Kann-Bestimmungen, die auch noch durch eine Vielzahl von Versagungsgründen eingeschränkt werden. Diese Regelungen können nicht als Einlösung der Madrider KSZE-Zusagen gewertet werden, die schließlich eine „wohlwollende“ und keine restriktive Praxis in dieser Hinsicht fordern.

BRIEF AN EX-KANZLER SCHMIDT

Heiner Geißler: Das Nein der SPD zur NATO gefährdet uns alle

Mit heftigen persönlichen Angriffen reagierte die SPD auf die Kritik von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler an der Haltung der Sozialdemokraten zum NATO-Doppelbeschluß. In einem inhaltlich mit Bundeskanzler Helmut Kohl abgestimmten Brief an den ehemaligen Bundeskanzler Schmidt erläutert Heiner Geißler seinen Vorwurf von der „fünftten Kolonne“.

Der Brief von Heiner Geißler hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit mir über Ihren Brief vom 19. September 1983 gesprochen und wird Ihnen in den nächsten Tagen auch selber antworten. Es ist jedoch wichtig für mich, auch persönlich Ihnen zu schreiben.

Nach meiner festen Überzeugung geht es bei dem Streit um den NATO-Doppelbeschluß nur vordergründig um die Frage der Nachrüstung im Herbst. In Wahrheit geht es in Ihrer Partei um eine grundsätzliche Änderung der deutschen Außenpolitik mit dem Ziel, die Bundesrepublik Deutschland langfristig aus der westlichen Allianz herauszuführen.

Ich habe am Samstag (17. September 1983) gesagt, die SPD werde durch die einseitige Kritik an den Vereinigten Staaten von Amerika und die fast nahtlose Verwendung sowjetischer Argumente gegen die Nachrüstung, ob sie es wolle oder nicht, in der geistigen Auseinandersetzung eine 5. Kolonne der anderen Seite.

Ich habe von der geistigen Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß und nicht von der Gesamtpolitik der SPD gesprochen. Mein Vorwurf ist nicht eine grundsätzliche Charakterisierung der Sozialdemokratischen Partei, sondern bezieht sich auf die Argumentation einer wachsenden Mehrheit in der SPD in einer konkreten politischen Position, die allerdings eine historische Dimension hat. Ich habe dies im Zweiten Deutschen Fernsehen am Montag (19. September 1983) noch einmal begründet.

In dieser geschichtlichen Situation dürfen die grundsätzlichen Gegensätze der Positionen nicht verschleiert werden. Es geht um nationale Existenzfragen. Niemand sollte sich später den Vorwurf machen lassen müssen, geschwiegen zu haben, wo es notwendig gewesen wäre zu sprechen.

Die Weimarer Republik wurde nicht zuletzt durch ihre Unfähigkeit, sich geistig zur Wehr zu setzen, zerstört. Das Wort von der 5. Kolonne in der geistigen Auseinandersetzung — und dies war meine Absicht — soll die Mehrheit in Ihrer Partei zur Besinnung rufen und sie auffordern, sich wieder eindeutig und klar zum NATO-Doppelbeschluß zu bekennen und jedem erkennbaren Versuch überzeugend entgegenzutreten, die Bundesrepublik Deutschland aus der NATO herauszulösen und in die politische Neutralität zu führen.

Diese Beschreibung einer langfristigen politischen Entwicklung in der Sozialde-

mokratischen Partei ist keine böswillige Unterstellung; sie entspringt vielmehr der Sorge um die politische Zukunft unseres Landes:

1. Ein Nein zum NATO-Doppelbeschluß würde den Beginn der Auflösung des westlichen Bündnisses bedeuten. Wer gegen das Bündnis in einer so wichtigen Frage wortbrüchig wird, kündigt in letzter Konsequenz das Bündnis auf. In einem Bündnis gibt es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.

2. Der NATO-Doppelbeschluß ist Zwischenstation, nicht Endpunkt der jetzigen Auseinandersetzung. Den berechtigten moralischen und politischen Widerstand gegen die weltweite Rüstungsspirale ausgerechnet auf den NATO-Doppelbeschluß zu konzentrieren, ist sicher nach unserer gemeinsamen Auffassung absurd, da der NATO-Doppelbeschluß gerade das Ziel hat, das Raketenpotential in Europa zu vermindern.

In dieser Situation trägt die SPD für den Inhalt und die Folgen ihrer Argumente eine große Verantwortung. Muß es nicht auch gerade Sie nachdenklich machen, wenn Sie aus dem Munde Ihrer Parteifreunde dieselben Argumente gegen die Nachrüstung hören, wie sie die Sowjetunion vorbringt. Wenn der sowjetische Außenminister zum Beispiel erklärt, die Nachrüstung destabilisiere das Gleichgewicht in Europa und die Amerikaner wollten in Genf keine Abrüstungserfolge, werden ihm nur wenige Bürger in der Bundesrepublik Deutschland glauben. Wenn aber führende Politiker der SPD dieselben Argumente verwenden, bekommen diese ein starkes politisches Gewicht, da sie mit der Autorität und der Glaubwürdigkeit einer großen demokratischen Partei in das Denken der Menschen vermittelt werden.

Ich kann nur vermuten, was Sie über den

in Ihrer eigenen Partei sich ausbreitenden Antiamerikanismus, die Beteiligung führender Sozialdemokraten an der Blockade der amerikanischen Kasernen, die Verharmlosung des totalitären Charakters und der expansiven Außenpolitik der Sowjetunion durch viele Ihrer eigenen Parteifreunde denken. Daß Sie die Forderung von SPD-Vorstandsmitgliedern nach dem Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO ohne Einschränkung mißbilligen, weiß ich.

Man muß keine Gespenster sehen, um zu erkennen, daß hier ein geistiger Erosionsprozeß stattfindet. Denjenigen, die eine langfristige grundsätzliche Änderung der deutschen Politik einleiten wollen, muß jetzt deutlich und für jeden verständlich entgegengetreten werden, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Dazu fühle ich mich aufgrund meines Amtes in meinem Gewissen verpflichtet.

Die geschichtliche Leistung der Sozialdemokratischen Partei für unsere Demokratie ist von mir nie in Frage gestellt worden und ich halte auch in Zukunft die Übereinstimmung in den politischen Grundfragen zwischen unseren Parteien für geboten.

Sie werden auf der anderen Seite verstehen, daß meine Parteifreunde und ich außerordentlich betroffen sind, daß Ihre eigene Partei die CDU als „Raketenpartei“ und „raketenlüsterne Organisation“ wegen einer Politik angreift, die Sie, Herr Bundeskanzler, selber konzipiert haben. Leider haben auch Sie meiner Partei sogar die Fähigkeit zum Frieden abgesprochen. Fände die Mehrheit der SPD zurück zum NATO-Doppelbeschluß und zu einem klaren und eindeutigen Bekenntnis zur NATO, würde mein Vorwurf von selbst gegenstandslos werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Heiner Geißler

■ ABRÜSTUNG

Neue Vorschläge Reagans zeigen äußerste Kompromißbereitschaft

Die CDU/CSU begrüßt die neuen INF-Vorschläge und die Äußerungen Präsident Reagans vor der UNO-Vollversammlung. Zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres haben sich die USA in substantiellen Fragen äußerst kompromißbereit gezeigt, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Volker Rühle.

Diese — in engster Abstimmung mit dem Bündnis erarbeitete — neue INF-Verhandlungsposition beweist das ernsthafte Interesse der USA an einem Verhandlungsergebnis noch im Verlauf dieser sechsten Genfer Runde, zumal auf die besonderen Sicherheitsinteressen Moskaus Rücksicht genommen wurde:

— Die USA verzichten darauf, in Europa das weltweite sowjetische Potential der landgestützten Mittelstreckenraketen auszugleichen, sondern bestehen nur auf dem Recht weltweit gleicher Übergrenzen.

— Die USA sind der sowjetischen Forderung über eine Begrenzung sowohl von Raketen als auch von Flugzeugen entgegengekommen.

— Reduzierung beim westlichen Nachrüstungsbedarf sollen sowohl die Pershing II als auch die Cruise-Missiles betreffen. Wenn die Sowjetunion eine Begrenzung der nuklearen Rüstung will, dann ist dieses Ziel jetzt erreichbar.

Das ernsthafte Interesse der USA an einem Verhandlungsergebnis mit der Sowjetunion noch in diesem Jahr spiegelt sich in der gesamten Rede des amerikanischen Präsidenten wider:

— Trotz des brutalen Flugzeugabschus-

ses durch sowjetische Militärmaschinen ist die Rede im Ton moderat.

— Die Vorschläge für die neue Verhandlungsposition sind in ihren Konturen klar und deutlich, lassen den Unterhändlern in Genf aber im Detail viel Spielraum für eine gemeinsame Übereinkunft.

— Allen Verleumdungen gegen ihn zum Trotz hat Präsident Reagan erneut die Überzeugung vertreten, daß ein „Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf“.

Die CDU/CSU ist davon überzeugt, daß diese Rede des amerikanischen Präsidenten gerade in der augenblicklich angespannten weltpolitischen Lage hilfreich in der Sache ist und zur Verbesserung des politischen Klimas beitragen wird.

Jetzt ist Moskau am Zuge. Die Sowjetunion hat sich bisher in den für eine Einigung in Genf entscheidenden Fragen als ausgesprochen unflexibel erwiesen und ist nun dringend gefordert, in diesen für die Sicherheit Europas zu entscheidenden Verhandlungen endlich ihre Kompromißbereitschaft unter Beweis zu stellen. Das bedeutet:

— Verzicht auf die nicht zu rechtfertigende Forderung nach Einbeziehung der seegestützten britischen und französischen Raketen in die INF-Verhandlungen.

— Anerkennung des Prinzips der gleichen Rechte für die USA wie für die UdSSR.

Die Argumentationslinie der SPD gegen den Doppelbeschluß mit dem Vorwurf mangelnder Ernsthaftigkeit und Flexibilität der USA ist spätestens jetzt deutlich zusammengebrochen, falls es dafür jemals eine sachliche Grundlage gab.

■ SCHULEN

„Friedensaktionen“ dürfen nicht geltendes Recht mißachten

„Auf keinen Fall kann Schule über verteidigungspolitische Konzepte entscheiden wollen. Daß sie sie zur Kenntnis gibt, ist selbstverständlich. Aber es ist nicht Sinn der Schule, zu sagen, wer für den NATO-Doppelbeschluß ist, der ist für den Krieg, und wer für einseitige Abrüstung ist, der ist für den Frieden. Das wäre eine solche Verzerrung der Wirklichkeit, daß im Grunde ein solcher Lehrer seinen Auftrag nicht erfüllt. Wenn Lehrer sich ideologisch versteifen, dann wäre es nützlich, daß sich Schüler und Eltern zu Wort melden. Eine extremistische Ideologie darf auf keinen Fall in den Schulen Platz haben.“

(Hanna-Renate Laurien, Senatorin für Schulwesen, Jugend und Sport des Landes Berlin)

Inzwischen haben sich zahlreiche Sympathisanten der selbsternannten Friedensbewegung — unter ihnen die Jungsozialisten in der SPD und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft — mit Aufrufen an Eltern, Schüler und Lehrer gewandt. Da soll am 20. Oktober ein „Widerstandstag der Schulen“ gegen die Raketenstationierung durchgeführt werden. Da wird lautstark gefordert, zur Teilnahme an Demonstrationen Unterrichtsbefreiung zu gewähren.

Diese Politisierung der Schule ist unerträglich und verstößt gegen geltendes Recht. In den meisten Ländern gibt es eindeutige Regelungen über politische Betätigung in der Schule:

„Schulfremde Druckschriften dürfen auf dem Schulgrundstück an die Schüler nicht verteilt werden ... Plakate dürfen nur angebracht werden, wenn das grundsätzliche Verbot politischer und wirtschaftlicher Werbung dadurch nicht verletzt wird.“

(NRW, Allgemeine Schulordnung, § 48 Abs. 1 und 3; ähnlich Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen Art. 61 Abs. 2)

„Politische Werbung durch Wort, Schrift, Bild ... sowie parteipolitische Tätigkeit sind ... innerhalb des Schulbereichs unzulässig.“ (Saarland, Allgemeine Schulordnung, § 14 Abs. 7)

„Die Verteilung von Werbeschriften, Prospekten und Informationsmaterial der Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Vereine ... ist nicht gestattet.“ (Berlin, AV-Werbung Nr. 2, 1 b)

„Die Schülervertretungen ... haben kein allgemeines politisches Mandat.“ (Rheinland-Pfalz, Landesgesetz über die Schulen, § 27 Abs. 1; ähnlich Saarland, Schulordnungsgesetz, § 34 Abs. 1, und Schleswig-Holstein, Schulgesetz, § 97 Abs. 2)

Hinsichtlich der Unterrichtsbefreiung zur Teilnahme an Demonstrationen gibt es einen Beschluß der Kultusministerkonferenz, der bis heute nicht aufgehoben ist:

„Der Schüler ist verpflichtet, am Unterricht und an den übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilzunehmen. Diese Verpflichtung darf auch nicht kollektiv verletzt werden ... Die Teilnahme an Demonstrationen rechtfertigt nicht das Fernbleiben vom Unterricht oder eine sonstige Beeinträchtigung des Unterrichts. Das Demonstrationsrecht kann in der unterrichtsfreien Zeit ausgeübt werden ... Auch bei Teilnahme einer größeren Zahl von Schülern an kollektiven Behinderungen des Unterrichts bleibt die Anwendung von Disziplinarmaßnahmen nicht ausgeschlossen.“

(Beschluß „Zur Stellung des Schülers in der Schule“ der Kultusministerkonferenz vom 25. Mai 1973)

■ DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS

Bundesverfassungsrichter Simon trifft den Rechtsstaat im Kern

Die These des Bundesverfassungsrichters Simon, bei einer Nachrüstung fielen Recht und Ethik auseinander, trifft die parlamentarische Demokratie und den freiheitlichen Rechtsstaat im Kern, erklärte Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Es ist bedrückend erfahren zu müssen, daß ausgerechnet ein Mitglied des höchsten deutschen Gerichts, das in besonderer Weise zur Wahrung dieses Rechtsstaates berufen ist, ein Fundament unserer Demokratie in Frage stellt, nämlich den notwendigen Respekt der Minderheit vor der ethischen Güterabwägung der demokratisch legitimierten Mehrheit; denn der NATO-Doppelbeschluß ist nichts anderes als das Ergebnis einer solchen Güterabwägung im Rahmen der Politik der Sicherung des Friedens und unserer Freiheit durch die politisch-militärische Strategie des Atlantischen Bündnisses.

Simon neigt offensichtlich dazu, seine Güterabwägung bei der Wahrung von Frieden und Freiheit für unfehlbar richtig zu halten. Dieser intolerante Anspruch läßt ihn übersehen, daß die Träger politischer Verantwortung in unserem Staat und in den rechtsstaatlichen Demokratien des Westens angesichts des ethischen Dilemmas im Atomzeitalter eine Wahl treffen müssen; nämlich eine Art Übelabwägung, bei der sie nach bestem Wissen und Gewissen den Normen der Ethik und ihrer Tatsachenkenntnis Rechnung tragen müssen. Maßgeblich ist dabei die angemessene Bewertung der politischen Natur der

sowjetischen Bedrohung und der ihr dienenden Militärpotentiale.

Verantwortliche deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muß die beiden Risiken abwehren, die uns bedrohen: politische Selbstunterwerfung und militärische Selbstvernichtung. Als Demokrat und als Christ bejahe ich die Strategie der Abschreckung und damit den bedingt bereits gefaßten Nachrüstungsbeschluß deshalb, weil ich mit anderen christlichen, jüdischen und religiös nicht gebundenen Trägern politischer Schutzpflicht für den Nächsten zu dem Ergebnis gekommen bin, daß die Nachrüstung — bei einem Fehlschlag der Genfer Verhandlungen — das geringere Übel ist.

Mein Gewissen und meine Beurteilung der Tatsachen gebieten mir festzustellen: ein Verzicht auf die Nachrüstung hätte ein erheblich höheres Übel zur Folge, nämlich einen höheren Wahrscheinlichkeitsgrad des Verlustes der beiden ethischen Höchstwerte: Frieden und Freiheit. Der Verlust der Freiheit in Deutschland ab 1933 und der Verlust des Friedens ab 1939 durch Deutschland lehren uns: Freiheit und Frieden sind unlöslich miteinander verbunden.

Die Väter des Grundgesetzes wußten sehr wohl, warum sie die Bundesrepublik Deutschland auf die Grundlage einer repräsentativen Demokratie stellten. Sie wußten, daß Politik eine ständige ethische Güterabwägung darstellt, bei der niemand für seine Entscheidung einen ethischen Ausschließlichkeitsanspruch erheben kann, und die allein den freiheitlichen Rechtsstaat wahr.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 7. 10. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 7. 10. CDA Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 8. 10. LV Rheinland-Pfalz
Landesparteitag, Mainz
- 11. 10. Frauenvereinigung Saar
Öffentliche Veranstaltung
Thema: „CDU-Politik für Frieden,
Freiheit und Menschenrechte“,
Saarbrücken
- 13. 10. Junge Union Niedersachsen
Landesvorstand, Hannover
- 13. 10. Junge Union Saar
Podium zum Thema:
„Jugend und Arbeitsmarkt“,
Neunkirchen
- 14. 10. MIT Bund
Bundesvorstandssitzung, Mainz
- 14. 10. Frauenvereinigung Saar
Öffentliche Veranstaltung
Thema: „CDU-Politik für Frieden,
Freiheit und Menschenrechte“,
Homburg
- 15. 10. Frauenvereinigung Hessen
Landesdelegiertentag, Friedberg
- 17. 10. LV Berlin
Landesvorstand, Berlin
- 17. 10. CDU-Präsidium, Sitzung, Bonn
- 19. 10. Frauenvereinigung Saar
Landesvorstand, Saarbrücken
- 19. 10. Frauenvereinigung Saar
Landesausschuß, Saarbrücken
- 19. 10. Junge Union Saar
Landesvorstand Saarbrücken
- 20. 10. Frauenvereinigung Saar
Öffentliche Veranstaltung
Thema: „CDU-Politik für Frieden,
Freiheit und Menschenrechte“,
Saarlouis
- 20. 10. KPV Bund
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, München
- 21./22. 10. KPV Bund
Kommunalkongreß und Bundes-
vertreterversammlung, München
- 21./23. 10. Exil-CDU
Deutschlandpolitische
Regionaltagung, Dortmund
- 21. 10. LV Rheinland
Geschäftsführender Landesvor-
stand, Köln
- 21. 10. MIT Schleswig-Holstein,
WMV-Mitgliederversammlung
mit Vorstandswahlen, Rendsburg
- 22. 10. Frauenvereinigung
Schleswig-Holstein,
Delegiertentag, Itzehoe
- 22. 10. Frauenvereinigung,
Westfalen-Lippe,
Landesdelegiertentagung,
Bad Lippspringe
- 22. 10. Frauenvereinigung,
Rheinland-Pfalz, Landestag,
Bingen
- 24. 10. CDU-Präsidium, Sitzung, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-10. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

U+D